

## KURZ UND PRÄGNANT

### Protest gegen Fracking

Der Antrag von CDU und SPD gegen unkonventionelle Erdgasförderung ist nach Auffassung des LINKE-Abgeordneten Tilo Kummer durch den Druck der Bürgerinitiativen in den vom Fracking betroffenen Regionen erreicht worden.

„Nachdem die Landesregierung die Aufsuchung von Erdgas in einem Drittel Thüringens bereits genehmigte und alle Widersprüche der betroffenen Kreise formal abügelte, ist dieser Antrag ein wichtiger Erfolg“, betont Kummer.

Der Abgeordnete kritisiert jedoch, dass der Koalitionsantrag vor allem auf Zeit spielt: „Die Bundeszuständigkeit im Bergrecht ist klar geregelt. Wer ein rechtssicheres Fracking-Verbot will, muss das Bergrecht ändern. Dazu braucht es eine Bundesratsinitiative!“ ■

### Armut verhindern

Ein aktueller OECD-Bericht warnt sehr deutlich vor Altersarmut, insbesondere in Deutschland. „Endlich wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen, ist auch Aufgabe der Landesregierung“, sagt Matthias Bärwolff, Sozialpolitiker der Linksfraktion.

Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, die Regulierung von Leiharbeit und nicht zuletzt die Anerkennung von Qualifikationen, Ausbildungen und auch der Erziehungsarbeit für Kinder seien „nicht nur dringend geboten, sondern für die Bekämpfung von Altersarmut auch dringend notwendig“, fordert der LINKE-Abgeordnete. Der neoliberale Weg der stetigen Privatisierung sozialer Risiken führe in eine Sackgasse. ■

### Schadstoffe beseitigen

Ralf Hauboldt, LINKE-Justizpolitiker, fordert mit Blick auf Informationen zu Beeinträchtigungen und Gesundheitsproblemen im Justizzentrum Gera, „dass das Land als Mieter des Gebäudes und Dienstherr der Beschäftigten alle Möglichkeiten zur Begrenzung und Beseitigung von Beeinträchtigungen und Schäden ausschöpfen muss. Das gebietet vor allem die Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten. Die Menschen, die dort arbeiten, haben Anspruch auf gute Arbeitsbedingungen.“ Das Land müsse auch finanzielle Ersatzansprüche gegenüber Vermieter und Bauherr geltend machen, da wegen der Mängel die Nutzbarkeit der Räume nicht gegeben ist.

Die Belastung mit Schadstoffen sei bereits im Frühjahr 2010 deutlich geworden. Bald nach Einzug im neuen Justizzentrum begannen Beschäftigte, über Gesundheitsbeschwerden zu klagen. ■

# Netzplanung: Bock zum Gärtner gemacht

**DIE LINKE kritisiert: Verfahren zur Bürgerbeteiligung ist eine „Farce“**

Zusätzlich zur geplanten und höchst umstrittenen 380-kV-Höchstspannungsleitung durch Thüringen nach Bayern wollen die Stromnetzbetreiber zwei weitere Nord-Süd-Trassen durch den Freistaat ziehen. Wie dem Netz-

Erst kürzlich hatten die vier großen Netzbetreiber den Netzentwicklungsplan (NEP) vorgelegt. „Da wird doch der Bock zum Gärtner gemacht“, kritisiert Frau Enders. Es müsse die Frage erlaubt sein, wie unabhängig und ob-

Zudem sei doch verwunderlich, warum gerade die Kosten für die Offshore-Netzanbindung und die Verteilernetze keine Berücksichtigung finden. „Was soll dem Verbraucher hier vorgegaukelt werden?“, fragt Frau Enders.

Dieser Netzentwicklungsplan habe „mit verantwortungsvoller Energiepolitik nichts zu tun. Nach wie vor fehlt ein zukunftsfähiges energiepolitisches Gesamtkonzept, das die energiepolitischen Ziele, Energieeinsparungs- und Energieeffizienzmaßnahmen sowie die geplanten dezentralen Erzeugerstrukturen der einzelnen Bundesländer aktuell und detailliert berücksichtigt. Eine nachhaltige Energiewende wird nur erreicht, wenn alle Partner gleichberechtigt im Prozess einbezogen werden. Über die Köpfe der Menschen hinweg wird uns dies nicht gelingen“, konstatiert Enders.



Petra Enders ist Expertin für Fragen zum Stromnetz

Foto: Diana Glöckner

entwicklungsplan zu entnehmen ist, soll neben der Neubautrasse Altenfeld-Redwitz eine 380-kV-Leitung Altenfeld-Grafenrheinfeld gebaut sowie eine Gleichstromleitung von Lauchstädt nach Meitingen durch Thüringen errichtet werden.

„Durch solche Stromautobahnen werden große Einschnitte in Natur und Landschaft vorgenommen und damit die Lebensqualität der Menschen massiv eingeschränkt. Wenn wir nichts dagegen tun, wird Thüringen als das Grüne Herz Deutschlands nun endgültig einem Trassenkahlschlag weichen“, erklärt Petra Enders, LINKE-Landtagsabgeordnete und Bürgermeisterin von Großbreitenbach.

ektiv ein Konzept ist, das ausschließlich durch Konzerne erstellt wird, die gerade mit Stromtransport und -handel ihr Geld verdienen? „Wieder macht sich Politik zum Steigbügelhalter der großen Energiekonzerne und das zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger“, konstatiert die Linksfraktionärin.

Die Abgeordnete weist darauf hin, dass den Netzausbau, der mit 20 Mrd. Euro beziffert wird, letztlich über den Strompreis alle Abnehmer bezahlen müssen. „Bereits jetzt machen die Netznutzungsentgelte über 20 Prozent des Strompreises aus. Das wäre eine vollkommen unnötige und zusätzliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger“, moniert Frau Enders.

### Netzausbau statt Netzausbau

Letztlich gehe der vorgelegte NEP 2012 von völlig falschen Ausgangsdaten aus, moniert die LINKE-Abgeordnete. Dazu zählen veraltete Daten der dena1-Studie, ein verfassungswidriges Energieleitungsausbaugesetz und überholte EU-Planungen, die weder den technischen Fortschritt noch die Energiewende im europäischen Verbundnetz berücksichtigen. Angesichts der neuen Stromautobahnen, die durch Thüringen gebaut werden sollen, verweist Petra Enders erneut auf Ergebnisse wissenschaftlicher Gutachten: „Experten haben nachgewiesen, dass neue Stromautobahnen nicht notwendig sind. Statt einem Netzausbau brauchen wir einen Netzausbau und damit die Modernisierung bestehender Netzstrukturen“, betont die Politikerin. Schließlich gebe es gegenwärtig schon mehr als 37 000 Kilometer Höchstspannungsnetze und 1,8 Mio. Kilometer Verteilernetze. Damit habe die Bundesrepublik eines der engmaschigsten Netze der Welt. „Diese gilt es umzurüsten“, fordert die Politikerin. Im Übrigen würde dies nur einen Bruchteil der Kosten für den Trassenneubau ausmachen.

### Halbzeitbilanz der Fraktion: Links wirkt!

Zur Vorstellung der Halbzeitbilanz der Abgeordneten, die ab sofort unter [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de) abrufbar ist, erklärt Bodo Ramelow, LINKE-Fraktionsvorsitzender:

Im August 2009 haben die Menschen in Thüringen DIE LINKE als zweitstärkste Kraft in den Landtag gewählt. Seitdem haben wir viel erreicht. Zwar werden unsere Anträge von der Regierung aus CDU und SPD meist abgelehnt. Doch unseren Forderungen können sie sich nicht verschließen. Wir setzen die Themen auf die Tagesordnung, die unter den Nägeln brennen: Den Protest gegen überhöhte Kommunalabgaben oder Theaterschließungen, die Forderung nach längerem gemeinsamen Lernen oder besserer Finanzierung von Trainern in Sportvereinen oder für mehr Demokratie. Unsere Vorschläge werden aber immer wieder auch von anderen Fraktionen und der Regierung aufgegriffen, sei es beim Start des Landesarbeitsmarktprogramms, der Abschaffung der Bannmeile, dem elektroni-



schen Waffenregister oder der Erklärung zum Atomausstieg. Links wirkt!

Die Politik der Regierung zeigt, dass es eine starke LINKE braucht. Der Sparkurs von CDU und SPD geht zu Lasten der Schwächsten, der kulturellen Vielfalt und einer sozialen Gesellschaft. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs einer falschen Politik. DIE LINKE wird weiter für eine soziale, ökologische und friedliche Politik werben und dafür um Mehrheiten kämpfen - im Parlament und in der Gesellschaft. Besonders wichtig ist uns die Diskussion darüber mit Ihnen! Sowohl im direkten Gespräch als auch in der digitalen Welt. Sprechen Sie uns an! ■

### Transparenz und Unabhängigkeit

Als „eine Farce“ bezeichnet Petra Enders das so genannte Beteiligungsverfahren bei der Netzplanung. „Sechs Wochen reichen keineswegs aus, um eine intensive Diskussion zu führen. Zum anderen kann es doch nicht sein, dass die Energieriesen die eingehenden Stellungnahmen prüfen und festlegen, welche Berücksichtigung finden werden. Bürgerbeteiligung darf nicht zur Alibifunktion verkommen. Politik hat die Verantwortung, für Transparenz, Unabhängigkeit und Rechenschaft über alle Vorschläge zu sorgen.“ ■